

„Desolate Kommunikationsstrategie“ angeprangert

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold verlangt in der Kundus-Affäre lückenlose Aufklärung

Die Kundus-Affäre war das bestimmende Thema eines Neu-jahrs-Pressegesprächs, zu dem der SPD-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Nürtingen, Rainer Arnold, gestern eingeladen hatte.

ANKE KIRSAMMER

Unterensingen. Ihm sei es nicht leicht gefallen, das desaströse Ergebnis der Bundestagswahl vom September für seine Partei zu akzeptieren, gab Rainer Arnold eingangs zu. „Ich habe damit gehadert, dass unsere Wähler an uns einen viel strengeren Maßstab anlegen als an andere“, so der SPD-Abgeordnete, der seit 1998 für den Wahlkreis im Bundestag sitzt und nun erstmals aus den Reihen der Opposition agiert. Ein Vierteljahr nach der Wahl gibt er sich indes selbstbewusst: „Ich habe meinen Platz in Berlin gefunden als verteidigungspolitischer Sprecher der größten Oppositionspartei.“

Im Zusammenhang mit den „tragischen Vorgängen am 4. September“, dem Überfall auf die beiden Tanklaster im Norden Afghanistans, bei dem zahlreiche Zivilisten ums Leben ka-

men, prangerte Arnold eine „desolate Kommunikationsstrategie“ an. Für die Einrichtung des Untersuchungsausschusses bekomme er aber nicht nur Schulterklopfen, sondern häufig „erzürnte Zuschriften“. Das Thema spalte die Gesellschaft. „Viele meinen, wir kritteln an den Soldaten herum“, so Arnold. Doch darum gehe es überhaupt nicht. „Die Öffentlichkeit und der Bundestag müssen wissen, was sich genau in Kundus abgespielt hat.“ Vertrauen könne nur aufgebaut werden, wenn die Dinge aufgeklärt seien. Auch wenn das Völkerrecht in bestimmten Fällen den Tod von Zivilisten billige – gestellt werden müsse die ethische Frage. „Wenn wir den Tod von Zivilisten in Kauf nehmen, wird das nicht mehr unsere Zustimmung finden“, bekräftigte Arnold. Auch in den kommenden Wochen werde sich der Untersuchungsausschuss unter anderem mit der Frage beschäftigen, ob Staatssekretär Peter Wichert und Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan zu Unrecht entlassen wurden. Entgegen der Darstellung von Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hatten Schneiderhan und Wichert angegeben, sie hätten den CSU-Politiker vollständig über alle Berichte zum Kundus-Fall in Kenntnis gesetzt.

Anders als gewohnt fühle Arnold sich schlecht beziehungsweise scheinweise informiert. „Es gibt bestimmte Spielregeln, wie Obleute auch geheime Dinge mitteilen.“ Die seien zum ersten Mal in seiner siebenjährigen Amtszeit als verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion nicht eingehalten worden.

Im Wahlkreis selbst interessierten andere Themen, so leitete der SPD-Politiker zum Thema Finanzen über. „Im letzten Vierteljahr hat die Bundesregierung zehn Milliarden zusätzlich verpulvert“, lautete der Vorwurf des SPD-Politikers. Bedient würden damit unter anderem Hoteliers und Erben. „Dabei habe ich nicht den Eindruck, dass im Kreis Esslingen die Preise für Übernachtungen gesunken sind.“ Für das hauptsächliche Klientel der Geschäftsreisenden werde es dann sogar teurer, da sich nur noch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz absetzen lasse. Auch bei den Gemeinden komme durch die Politik von CDU und FDP nicht mehr so viel Geld an. „Ich wundere mich, wie überraschend schweigsam manche Akteure sind“, sagte Rainer Arnold und nannte konkret Landräte, Bürgermeister und Abgeordnete. Für den Bürger bedeuteten die Steuersenkungen lediglich „linke Tasche, rechte Tasche“,

denn überall, insbesondere in Kindergärten und Kindertagesstätten würden die Gebühren steigen. Bereits jetzt müsse der Bund von seinem Gesamtetat in Höhe von 280 Milliarden Euro jährlich 60 Milliarden Euro für Zinsen ausgeben. Angesichts leerer Staatskassen weitere Steuersenkungen vorzuschlagen, ist für Rainer Arnold der falsche Weg. Weniger Steuereinnahmen würden vielmehr bedeuten, dass Bund, Länder und Gemeinden nicht genügend Mittel für die Erhaltung der Infrastruktur zur Verfügung hätten. „Leute mit geringen Einkommen fallen dabei durchs Sieb. Sie können ihre Kinder nicht auf Privatschulen schicken und die Weiterbildung bei der Volkshochschule nicht mehr bezahlen, wenn ein schwacher Staat keine Zuschüsse mehr zahlt“, betonte Rainer Arnold. Die häufig proklamierte Bildungsrepublik sei in keiner Weise materiell unterfüttert. „Für den Start einer Bildungsoffensive bekommen die Länder keine höheren Mittel“, monierte der SPD-Abgeordnete. In hohem Maße betreffe diese Politik die Wirtschaftsregion Stuttgart. Seiner Ansicht nach könne sie langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie im Bereich umweltfreundlicher Mobilität Weltmarktführer werde. Und dazu brau-

che es die entsprechenden Bildungsvoraussetzungen.

Was Rainer Arnold ebenfalls umtreibt, ist die Zukunft der Jobcenter. Er habe den Eindruck, dass sich die Form der Zusammenarbeit von kommunaler Seite und Bundesagentur für Arbeit bewährt habe. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts lehnt diese Mischform ab. Die Regierungskoalition wolle nun wieder zwei Behörden aus den Jobcentern machen. „Das zieht mehr Bürokratie und erhebliche Zusatzkosten nach sich“, prognostizierte der SPD-Bundestagsabgeordnete. Auf den Bund kämen dadurch 450 Millionen Euro an Zusatzkosten zu, auf die kommunalen Träger 350 Millionen Euro. „Kein einziger Euro nutzt den Langzeitarbeitslosen. Ich würde mir wünschen, dass auch aus unserem Kreis Druck kommt. 16 Ministerpräsidenten und das CDU-Präsidium hätten im Übrigen dem Vorschlag zugestimmt, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, um die Institution unter einem Dach zu erhalten.“

In Sachen Stuttgart 21 rief Arnold dazu auf, „Frieden mit dem Projekt zu schließen“, nachdem die Weichen gestellt seien. Es müsse nun darauf geachtet werden, dass auf den Fildern keine Sparversion gefahren werde.